

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922**

3.11.1922 (No. 257)



# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 5615.

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
C. A. M. E. n. d.  
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für November 216 M. — Einzelnummer 10 M. — Anzeigengebühr: 10 M. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14 zu senden und werden in Bereinigung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigen, die durch die Zeitung für den Anzeigenden zu verantworten sind, ist der Anzeigende für die Kosten der Anzeigen zu verantworten. Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Nachdruck, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in dem unserer Lieferanten hat der Anzeigende keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil.

#### Der Zuckerpreis.

Die Frage des Preises für die erste Freigabe von Zucker ist in einer Besprechung der Zuckerwirtschaftsstelle eingehend erörtert worden. Es wurden verschiedene Preise zur Abstimmung gestellt, von denen keiner im Beirat eine ausreichende Mehrheit fand. Da mangels eines Beschlusses des Beirats eine Einigung zwischen dem Beirat und der Zuckerwirtschaftsstelle nicht zustande kam, war der Preis gemäß § 10 Abs. 2 der Verordnung vom 3. Oktober durch den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft festzusetzen.

Bei Festsetzung des Preises mußte einerseits das Interesse der Verbraucher an einem erträglichen Zuckerpreis berücksichtigt werden, andererseits das landwirtschaftliche und das allgemeine wirtschaftliche Interesse an einer weiteren, möglichst starken Steigerung des Rübenbaues. Unter Berücksichtigung des Preisverhältnisses zu den übrigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen, insbesondere zur Kartoffel, und der für den laufenden Monat infolge der Lohn- und Kohlenpreissteigerungen besonders stark erhöhten Produktionskosten, hat der Reichsernährungsminister den Preis auf 60 M. für das Pfund — Grundfabrikpreis — festgesetzt. Für die einzelnen Fabriken und Sorten ergeben sich die Preise auf dieser Grundlage aus der von der Zuckerwirtschaftsstelle herausgegebenen Grundpreis- und Sortentafel. Wenn auch mit dieser Preisfestsetzung den Wünschen der Zuckerindustrie, die einen Preis von 70 M. gefordert hat, nicht entgegengekommen ist, so kann doch gefasst werden, daß der Preis eine Wertvermehrung der Rübe gestattet, die zu einem erweiterten Rübenanbau für nächsten Frühjahr anregt.

Bezüglich der angemessenen Großhandelszuschläge ist das Reichsernährungsministerium in Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen des Handels darüber eingetreten, ob es möglich ist, unter Berücksichtigung der in den einzelnen Ländern verschiedenen gestellten Verteilung einseitige Grundzüge aufzustellen.

Der angemessene Kleinhandelszuschlag wird wie bisher unter Mitwirkung der Preisprüfstellen lässlich festgesetzt werden. Bei einem Preis von 60 M. ab Fabrik wird mit einem Kleinverkaufspreis von 85—90 M. gerechnet werden müssen.

### Zur europäischen Tragödie 1914.

Eine interessante französische Feststellung über ein unbegriffliches Verständnis des französischen Vorkriegs in Petersburg am Beginn des Weltkrieges und über die bewusste Entfremdung des Weltbrandes durch Rußland.

Die Veröffentlichungen des Herrn von Romberg über die Fälschungen des russischen Orangebuches, die Stellungnahme des Reichsanzlegers zum Ergebnis dieser Veröffentlichungen und schließlich die Memoiren des früheren deutschen Kaisers haben auch in Frankreich die Diskussion über die Kriegsschuldfrage von neuem belebt. Die Erörterung spitzt sich dabei mehr und mehr auf ein Teilproblem zu, das allerdings von höchster Wichtigkeit für die ganze Kriegsschuldfrage ist, nämlich die Frage nach dem Zeitpunkt der russischen Mobilmachung und dem Zeitpunkt ihres Bekanntwerdens in Paris.

Auf eine Anfrage des Präsidenten der französischen Liga für Menschenrechte hat Poincaré kürzlich folgendes erwidert: „Es ist richtig, daß die ersten Mobilmachungsmassnahmen von der russischen Regierung am 20. Juli, abends, angeordnet, jedoch vom Zaren in der Nacht vom 29. zum 30. widerrufen wurden. Am 30. nachmittags, wurden sie dann von neuem beschlossen. Die allgemeine Mobilmachung wurde jedoch erst in der Nacht vom 30. zum 31. befohlen. Herr Paléologue benachrichtigte davon die französische Regierung durch ein Telegramm, das in Petersburg um 10,45 Uhr aufgegeben wurde. Dieses Telegramm hat sich aus mir unbekanntem Gründen, wahrscheinlich wegen Überlastung der Telegraphenleitungen, verzögert, so daß es in Paris erst am 8,30 Uhr abends am 31. eintraf.“

Diese Äußerung Poincarés ist umso interessanter, als sie einer offiziellen Erklärung, die Biviani im Juli in der französischen Kammer gab, widerspricht. An diesem Widerspruch setzt nun eine Kritik des bekannten französischen Pazifisten Gouttenoire de Toury in einer der jüngsten Nummern des „Journal du Peuple“ ein, der wir folgendes entnehmen:

Die Erklärung Poincarés stellt folgendes fest: 1. Am 30. Juli, 4 Uhr nachmittags, ordnete die russische Regierung die allgemeine Mobilmachung an. Das wissen wir aus den Erinnerungen, die Herr Paléologue in der „Cévenne des

deux Mondes“ veröffentlicht hat. Er sagt darüber an dieser Stelle folgendes: Nach einem Moment des Zauderns befohl der Zar in festem Tone: Sergej Dimitriewitsch, telefonieren Sie dem Chef des Generalstabes, daß ich die allgemeine Mobilmachung anordne. Sasanow begibt sich ins Vestibül des Palastes, wo sich die Telefonkabine befindet und übermittelte dem Generalstabschef den kaiserlichen Befehl. Die Uhr zeigt genau 4 Uhr nachmittags.

Am 31. Juli, 8,30 Uhr abends, trifft in Paris die Depesche des französischen Botschafters aus Petersburg ein mit der Mitteilung der russischen Generalmobilmachung. Wieder ist es Poincaré, der uns das bestätigt. Mithin liegen zwischen der Anordnung der russischen Mobilmachung und dem Eintreffen dieser Nachricht in Paris volle 28 Stunden und 30 Minuten, wobei die Verschiedenheit der osteuropäischen und der westeuropäischen Zeitrechnung noch nicht einmal in Betracht gezogen ist. In Berlin war die Nachricht von der russischen Mobilmachung schon um 11,40 Uhr vormittags am 31. Juli bekannt! Welches sind also die Gründe für das verzögerte Eintreffen eines derartig wichtigen Telegramms?

Aber noch mehr, wie erklärt es sich, daß der französische Botschafter in Petersburg die Nachricht von der russischen Mobilmachung erst am 31. Juli, 10,45 Uhr früh, nach Paris telegraphierte, wenn die Mobilisierung, wie er selbst zugibt, schon am 30., um 4 Uhr nachmittags, befohlen und der Mobilmachungsbefehl am frühen Morgen des 31. in den Straßen von Petersburg angeschlagen war? Wie erklärt sich eine derartige Nachlässigkeit? Wie konnte sie ungestraft oder so lange Zeit verheimlicht bleiben?

Das sind die Fragen, auf die Biviani und Poincaré uns die Antwort schulden. Die unwahrscheinliche Verzögerung der Depesche ist umso unbegreiflicher, als die russische Mobilmachung tatsächlich den Kriegsausbruch bedeutete. Das hatte der General de Boisdeffre, der französische Unterhändler der französisch-russischen Allianz schon am 18. August 1892 dem Zaren mit folgenden Worten zu verstehen gegeben: „Die allgemeine Mobilmachung bedeutet die Kriegserklärung. Denn Mobilisieren heißt den Nachbarstaat zu der gleichen Maßnahme zwingen.“ Daß diese Auffassung des französischen Unterhändlers auch vom russischen Generalstab geteilt wurde, beweist ein Geheimbefehl, den der Chef des russischen Generalstabs am 11. April 1912 an den Kommandanten von Warschau richtete und der folgenden Wortlaut hat: „Der Generalstab hat am 13. März d. J. beschlossen, daß im Falle einer allgemeinen Mobilisierung der Truppenkörper an der russischen Westgrenze der Mobilisationsbefehl mit der Eröffnung der Feindseligkeiten gegen Österreich und Deutschland gleichbedeutend ist.“

Die russische Mobilmachung bedeutete den Krieg. Jede europäische Regierung mußte das und mußte das wissen.

Wie ist es also zu erklären, daß die französische Regierung dieses Ereignis, welches die europäische Tragödie beflagelte, so spät erfuhr? Biviani und Poincaré geben darauf keine Antwort. Aber früher oder später werden sie zu dieser Antwort gezwungen werden.“

### Das Schicksal der Grenzgebiete

Von Dr. Hermann Baasche, M. d. R.

In allen Grenzgebieten, den östlichen wie den westlichen, laßt die Hand der Feinde schwer auf der Bevölkerung. Nicht nur, daß die Befestigungskosten infolge des Nachrückens eine Höhe angenommen haben, die kaum noch erträglich ist, und der durch das Gedenken an die erzielten Atempausen ihren Wert nimmt, — auch im Wohnungswesen, in der Rechtspflege, im ganzen täglichen Verkehr wird dieser Druck nach wie vor lebhaft verspürt. Alle Beschwerden und Proteste sind wirkungslos geblieben.

Für das Rheinland besteht noch immer das Elmsen Ein- und Ausfuhramt und hat den Befugnissen der Rheinlandkommission Folge zu leisten, trotzdem die „Sanktionen“ aufgehoben werden sollten. Deutschland braucht, um seine Handels- und Zahlungsbilanz wenigstens einigermaßen zu verbessern, Schutz gegen die Einfuhr von Luxuswaren. Dieser Schutz wird von der Elmsen Stelle nicht gewährt; sie tritt der Einfuhr aus den alliierten Ländern nicht mit dem Nachdruck entgegen, der im deutschen Interesse zu wünschen wäre. Andererseits läßt sie Gegenstände wie Holz und Holzfabrikate nach den alliierten Ländern heraus, obwohl wir diese Erzeugnisse für die eigene Volkswirtschaft dringend bedürfen. Außerdem wird das Elmsen Amt zur Handelskontrolle benutzt und zur Verwertung der durch den Ein- und Ausfuhr- und Ausfuhrbewilligungen erlangten Kenntnisse zugunsten der Alliierten. Man kontrolliert die Exportgewinne der deutschen Industrie, ihre Guthaben und Einnahmen in fremder Wälsung. Das Garantiefomitee der Entente muß sich Befugnisse an, die

das Geschäftsgeheimnis gefährden. Unter dem Vorwand, unzuverlässige deutsche Ausführerklärungen nachzuprüfen, zu müssen, nimmt es das Recht für sich in Anspruch, Geschäftsbücher und Geschäftspapiere, ja auch die Devisenbelieferungsakle der Außenhandelsstellen einzusehen. Deutschland ist dagegen machtlos, wie es durch Übergriffe anderer Art, selbst die empörendsten nicht abzuwehren vermag. Immer neue Fälle fittlicher Verfehlungen seitens der farbigen Truppen werden bekannt, ohne diejenige Bestrafung zu finden, die dem tief verletzten Rechtsgefühl der rheinischen Bevölkerung entsprechen würde. Die ganze französische Praxis zeigt, daß die Tendenz nach wie vor auf Abtrennung des Rheinlandes vom Reich gerichtet bleibt.

Aus dem Saargebiet werden rücksichtslos Persönlichkeiten ausgewiesen, die sich im Sinne französischer Politik mißliebige gemacht haben, so kürzlich sozialdemokratische Redakteure. Gewisse französische Politiker fordern Poincaré in Briefen und Reden auf, zur Sicherung der französischen Politik im Saargebiet noch weit schärfere Maßnahmen zu treffen. Wie das sogenannte Landesparlament behandelt wird, davon ist es öfteren an dieser Stelle die Rede gewesen. Es soll nur eine beratende Stimme haben auch bei der Festsetzung des Haushaltsplans, darf seine Tagesordnung nicht selbst bestimmen, seinen Präsidenten nicht selbst wählen und nur auf Anordnung des französischen Agenten zusammentreten. Franzosen und Franzosenangehörige werden an der Saar in unerhörter Weise bevorzugt, namentlich auf dem Gebiet des Wohnungswesens.

In Oden ist es der polnische Druck, der bis nach Deutsch-Oberschlesien hinüber wirkt. Herr Korsantys setzt seine Propaganda mit ungeschwächten Kräften fort und läßt sich dabei auch durch die auf den 5. November anberaumten Wahlen zum Warchauer Landtag nicht ablenken. An einer Gegenwirkung von deutscher Seite unter Leitung des ober-schlesischen Bistums fehlt es nicht. Der Bund greift nach Maßgabe der ihm zur Verfügung stehenden Mittel überall ein, wo er kann, und würde noch mehr leisten, wenn ihm auf Grund der alleinigen Sammelverleumdung größere Mittel zur Verfügung kämen. Aber die Arbeit ist schwer; denn die Not ist groß. Auf allen Gebieten sucht das Polentum die Deutschen zu verdrängen und zu unterdrücken. Zum Glück kann, da West-Oberschlesien preussisch geblieben ist, nunmehr der preussische Staat die private Hilfslosigkeit ergänzen und das von dem Handelsminister Stering aufgestellte Programm zur Durchführung bringen. Die private Initiative bleibt aber auch in Zukunft unentbehrlich.

Die polnische Hand greift selbst nach Ostpreußen über, wo der Schulverein ihr zu begegnen sucht, und nach Westpreußen, von dem sie einen noch größeren Teil zum Korridor schlagen möchte. Hier ist Danzig mit seinem Hafen der Zielort der polnischen Wünsche.

Manchen Unbilligkeiten und Gewalttaten ließe sich wirksamer entgegenzutreten, wenn Deutschland bereits dem Völkerbunde angehörte. Denn er ist die Stelle, die die Oberaufsicht führt und Beschwerden zu prüfen hat. Noch hält das Auswärtige Amt den Zeitpunkt nicht für gekommen, unsere Aufnahme in den Völkerbund zu beantragen. Lange aber werden wir damit kaum noch warten dürfen. Eine aktive auswärtige Politik wird sich die Beteiligung Deutschlands auf dem Fuß der Gleichberechtigung jedenfalls zum Ziel setzen müssen, wenn wir größeren Einfluß auf die Verwaltung der besetzten Gebiete gewinnen wollen. England muntert uns geradezu auf, die dahin gerichteten Bestrebungen fortzusetzen, und sagt uns seine Unterstützung zu. Die Sozialdemokratie hat den Gedanken auf ihrem letzten Parteitag offiziell aufgenommen, und auch auf dem deutschdemokratischen Parteitag in Elberfeld haben sich gewichtige Stimmen dafür erhoben. Selbstverständlich muß Deutschland danach einen Sitz im Rat, dem Exekutivorgan des Völkerbundes, erhalten und darf sich nicht mit der Zugehörigkeit zur Vollversammlung begnügen. Treten dann auch die Vereinigten Staaten von Amerika wieder ein und wird Rußland zugelassen, so ist die Aussicht auf eine gedeihlichere Wirksamkeit des Völkerbundes vorhanden.

Keinesfalls darf man die Dinge laufen lassen, wie sie gegenwärtig laufen, sondern muß auf ihre Gestaltung Einfluß zu gewinnen suchen. Jede Schwäche, die wir zeigen, wird zu unserm Nachteil ausgenutzt. Eine kräftigere Führung der Geschäfte steht zu erwarten, sobald das Auswärtige Amt den Leiter erhält, der mit den Verhältnissen vertraut ist und den erforderlichen Willen zur Tat besitzt.

### Die Verhandlungen mit der Reparationskommission.

Über die Verhandlungen mit der Reparationskommission gibt die „Frankf. Ztg.“ folgendes Privattelegramm wieder:

Die Verhandlungen mit der Reparationskommission haben gestern abend infolge eines gewissen Abbruch erreicht, als bisher die Erörterungen über die Lage des Reichshaushaltes und über die Möglichkeit seiner Balanzierung abgebrochen werden konnten. Die Kommission hat jetzt den Reichsfinanzminister gebeten, heute schriftlich fixierte Vorschläge über den Ausgleich des Budgets, die Begrenzung der schwelenden Schuld und die Stabilisierung der Mark zu überreichen. Auf Grund dieser Vorschläge sollen dann vielleicht in Unterkommissionen die Verhandlungen fortgeführt werden.

Die Reichsregierung steht somit vor der Aufgabe, sich über die Vorschläge, die die Reparationskommission gefordert hat, bis heute schlüssig zu werden. Sie wird dabei auf der einen Seite zurückzugreifen haben auf das Material, das der Fi



Wangminister zur Beleuchtung der Finanzlage des Reiches der Kommission bereits unterbreitet hat, auf der anderen Seite auf die mannigfachen Anregungen und Pläne, die ihr von Sachverständigen Seite innerhalb und außerhalb der Regierungskreise übermittelt worden sind. In den bisherigen Besprechungen mit der Reparationskommission haben die deutschen Vertreter vor allem versucht, der Gegenseite klar zu machen, daß das ständig weitergehende Fallen der Mark sowohl die Einhaltung des bestehenden Haushaltsplans als die Aufstellung eines neuen Etats geradezu unmöglich macht. Der rapide Sturz der Mark hat schon den Reichshaushalt für 1922 vollkommen über den Haufen geworfen. Statt mit einem Gesamtschlag von 233 Milliarden Mark nach dem alten Vorschlag muß mit einem solchen von 445 Milliarden gerechnet werden, d. h. die schwebende Schuld muß mit nahezu einer halben Billion Papiermark in Anspruch genommen werden, um den Haushalt wenigstens formell ins Gleichgewicht zu bringen. Auf die Ausführung des Friedensvertrages entfallen davon allein 316 Milliarden. Es würde aller Voraussicht nach möglich sein, den ordentlichen Haushalt der Reichsverwaltung im laufenden Rechnungsjahr mit etwa 336 Milliarden Mark in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen, ohne neue Schatzwechsel begeben zu müssen trotz der gewaltigen Steigerung der Besoldungs- und sachlichen Ausgaben, weil die Zunahme der Inflation gleichzeitig auch eine Steigerung der eigenen Einnahmen des Reiches zur Folge haben wird. Aber für die Ausführung des Friedensvertrages und für die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts fehlt jede Deckung, und sie kann nur durch Inanspruchnahme der schwebenden Schuld geschaffen werden. Noch schlimmer als für 1922 würden sich ohne Zweifel die Verhältnisse des Jahres 1923 gestalten, soweit man darüber heute überhaupt ein Urteil abgeben kann. Denn erst im nächsten Jahr wird der Verfall der deutschen Währung, den dieses Jahr gebracht hat, sich ganz auswirken. Wenn die Lasten des Reiches, namentlich die aus dem Friedensvertrag nicht vermindert werden, wird im nächsten Jahr der Fehlbetrag des Reichshaushaltes schwerlich unter 1 Billion, also 1000 Milliarden liegen, was eine Steigerung der gesamten schwebenden Schuld auf weit über 1,5 Billionen Mark betragen würde. Der Reparationskommission ist jetzt dieses erschütternde Zahlenmaterial vorgelegt worden und sie wird auch ihrerseits daraus bestimmte Schlüsse ziehen können. Es zeigt, daß von medizinischen budgetären Maßnahmen allein keine Sanierung des Reichshaushaltes erwartet werden kann, solange der Kurs der Mark labil ist und, von kurzen Rauschen abgesehen, immer stärker nach unten tendiert. Dazu kommt, daß zwar wohl im inneren Budget des Reiches da und dort Einschränkungen möglich sind, daß aber das Schwergewicht der Ausgabe Seite immer beim Etat zur Ausführung des Friedensvertrages ruht, der am stärksten den Einwirkungen des Währungsverfalles ausgesetzt ist.

Wenn das deutsche Budget in Ordnung gebracht werden soll, müssen also umfassendere Mittel ergriffen werden, die über den Rahmen der Budgetgrenzen hinausgehen. Die Reichsregierung und die deutsche Öffentlichkeit haben sich in den letzten Wochen sehr eingehend mit dem Problem der Währungsstabilisierung beschäftigt, und der Kanzler hat gestern in der Ansprache an die ausländischen Finanzsachverständigen erwähnt, daß die erwogenen Vorschläge in dieser Richtung im wesentlichen in zwei Gruppen zerfallen: die eine Gruppe legt den Nachdruck auf den Versuch, durch innere Maßnahmen, namentlich unter Zuhilfenahme des Goldschatzes der Reichsbank ein weiteres Abgleiten der Mark zu verhindern. Die andere hält eine Stabilisierung der Mark erst nach der Schaffung bestimmter äußerer Voraussetzungen für möglich, zu denen sie in erster Linie die Verbesserung der Handelsbilanz und in zweiter Linie den Wegfall weiterer Minusposten der Zahlungsbilanz, vor allem die Einschränkung der Reparationslasten, rechnet. Der Reichskanzler hat für die Vorschläge, die es heute der Reparationskommission vorlegen soll, die Antworten der auswärtigen Sachverständigen auf die ihnen gestern unterbreiteten drei Fragen nicht abgewartet. Sie wird sie aber im Verlaufe der weiteren Verhandlungen mit der Reparationskommission wohl noch verwerten können. Zunächst wird die Regierung auf Grund ihrer eigenen Vorentscheidungen und der Vorschläge der deutschen Sachverständigen bis heute bestimmte Vorschläge zu formulieren haben. Sie dürfte im Einklang mit Forderungen, die sie schon in früheren Konversationen mit den Alliierten wiederholt vertreten hat, entscheidendes Gewicht darauf legen, daß durch eine auswärtige Stabilisierungsanleihe etwa in Höhe von einer halben Milliarde Goldmark das Reich und die deutsche Wirtschaft in die Lage versetzt werden, den Kurs der Mark in einer bestimmten Höhe zu halten. Wie eine solche Anleihe auszustatten wäre, welche Sicherungen dafür zu geben wären — möglicherweise die Forderungen des Reiches

würde nicht nur von den etwaigen ausländischen Geldgebern, sondern auch von der Reparationskommission abhängen, die ja ihr Generalpfandrecht auf Grund des Artikels 248 des Friedensvertrages für solche Anleihegarantien zurückstellen müßte. Die Frage, ob das ausländische Kapital für eine solche Anleihe überhaupt zu haben wäre, würde wesentlich davon abhängen, wie die auswärtigen Verpflichtungen des Reiches in der nächsten Zeit geregelt werden. Ergänzend muß daher neben bestimmte innere Maßnahmen vor allem eine Begrenzung der Reparationslast treten. Bisher ist um ein Moratorium für die nächsten Jahre von der Reichsregierung formell nicht nachgesucht worden, es müßte aber geschehen, denn die Befreiung von Verleistungen und die Einschränkung der Sachleistungen auf das für den Wiederaufbau unumgänglich notwendige Maß wäre unbedingte Voraussetzung für die Bilanzierung des Budgets auch bei einer Stabilisierung der Währung.

Eine auswärtige Stabilisierungsanleihe und ein weitgehendes Moratorium (da eine endgültige Regelung der Reparation zurzeit doch wohl kaum erreichbar wäre) würden also die Kernpunkte eines deutschen Vorschlags bilden müssen. Im einzelnen steht das, was die Reichsregierung heute der Reparationskommission vorlegen will, noch nicht fest. Das Reichskabinett dürfte erst heute vormittag in einer Sitzung endgültige Beschlüsse darüber fassen.

## Politische Neuigkeiten.

### Ansprache des Reichskanzlers vor den Sachverständigen.

Gestern vormittag hat der Reichskanzler die ausländischen Sachverständigen empfangen. Es waren erschienen: die Herren Bissinger, Cassel, Brand, Keynes, Dubois und Jewts. Der Reichskanzler begrüßte die Herren mit einer Ansprache, in der er nach einleitenden Begrüßungsworten folgendes ausführte:

Die Tatsache, daß alle Herren, an die wir die Einladung gerichtet haben, zugeguckt und bereitwillig ihre Dienste zur Verfügung gestellt haben, bezeugt uns, daß der Entschluß der Reichsregierung, die Frage der Stabilisierung der deutschen Währung dem Gutachten ausländischer Sachverständiger zu unterbreiten, richtig war. Die Möglichkeit, die Mark zu stabilisieren, ist natürlich auch bei uns auf das eingehendste geprüft worden und umso intensiver, je mehr die Entwertung der Mark fortgeschritten ist und je verhängnisvoller die Folgen dieser Entwertung für die deutsche Volkswirtschaft, aber auch für die Wirtschaft der Länder geworden sind, mit denen Deutschland Handel treibt und Handel treiben muß.

Die eine Meinung über dieses Problem ist die, daß der Versuch einer Stabilisierung der Mark verfrüht ist und keinen dauernden Erfolg gewährleisten wird, solange nicht zwei Voraussetzungen erfüllt sind oder ihre Erfüllung wenigstens in nahe Aussicht gerückt ist, nämlich die Bilanzierung des Budgets und die Bilanzierung der Zahlungsbilanz, solange die Warenexporte die Warenimporte nicht übersteigt wie in der letzten Zeit — das Defizit der Ausfuhr muß leider noch als sehr viel größer angenommen werden, als die bisher veröffentlichten Zahlen erkennen lassen — solange auf dieser Passivität der Handelsbilanz aus verschiedenen Gründen noch weitere passive Faktoren kommen, die das Defizit in unserer Zahlungsbilanz noch vergrößern. Unangenehm ist auch die Erfüllung dieser beiden Voraussetzungen zu einem sehr großen Teil von der Stabilisierung der Mark selbst ab. So gehen Umläufen und Folgeerscheinungen ineinander über. Und diese Situation führt die andere Meinung zu der Forderung, diesen circulus vitiosus zu durchbrechen und die Mark zunächst einmal auf irgend einer Basis festzulegen, wenn auch nicht endgültig, so doch provisorisch, um auf jeden Fall das weitere Abgleiten der Währung zu verhindern. Und dies schnell und mit Entschlossenheit, denn lange kann bei dem jetzigen Niedergang der Mark nicht mehr gewartet werden, wenn die deutsche Wirtschaft nicht völlig zusammenbrechen soll.

In dieser ungelärten Situation hat die Reichsregierung das Bedürfnis gehabt zu hören, wie man dieses Problem vom Auslande aus ansieht, und aus diesem Bedürfnis heraus die Einladungen an die Sachverständigen gerichtet. Die Konferenz von Genoa und insbesondere das Sachverständigenkomitee hat sich mit dieser Frage schon eingehend beschäftigt und ein bedeutendes Gutachten erstattet, aus dem nur ein Satz in die Erinnerung zurückgerufen werden soll. Das Sachverständigenkomitee hat damals in seinem Gutachten gesagt: „Wenn die äußere Schuldenlast eines Landes seine Zahlungsfähigkeit übersteigt und wenn dieses Land nicht durch äußere Anleihen Hilfe erhalten kann, so müssen die Anstrengungen, diese Verpflichtungen zu erfüllen, notwendig zur Folge haben, daß ein-

mal die Märkte in ein bestimmtes Land abgeben und daß weiter eine fortgesetzte Entwertung der Währung des Schuldnerlandes eintritt die das Schuldnerland vollständig hindert, irgend einen Anlauf in der Richtung der Stabilisierung der Währung zu nehmen.“

Dieses Gutachten ist damals allgemein und ohne Beziehung auf ein bestimmtes Land abgegeben worden. Jetzt handelt es sich darum, und das ist die Bitte, die an die Sachverständigen gerichtet wird, diese Frage besonders im Hinblick auf die deutsche Währung zu prüfen und uns ein Gutachten darüber abzugeben:

1. Ist unter den gegenwärtigen Umständen eine Stabilisierung der Mark möglich?
  2. Wenn nein: Welche Voraussetzungen müssen geschaffen werden, um eine Stabilisierung zu ermöglichen?
  3. Welche Maßnahmen müssen zur Stabilisierung getroffen werden, sobald die Voraussetzungen vorliegen?
- Das sind die Fragen die die Reichsregierung beantwortet haben möchte. Die Sachverständigen haben völlige Freiheit, ihre Arbeiten und Beratungen ganz nach ihrem eigenen Ermessen einzuleiten und durchzuführen. Sie können dabei ganz unter sich bleiben. Sie können aber auch, wenn Sie über eine Reihe von Gegenständen, über das deutsche Budget, über die deutsche Handels- und Zahlungsbilanz und anderes besonders unterrichtet werden wollen, um eine sichere Basis für ihr Urteil zu gewinnen, Fragen an die deutschen Ministerien oder an deutsche Sachverständige der Wissenschaft und der Praxis richten. Die Antwort der Sachverständigen auf diese Frage wird sicher im Inlande und Auslande mit Spannung erwartet und tiefe Beachtung finden.

Reichskanzler Dr. Brüning hat die Vorfände u. hervorragenden Vertreter der Wissenschaft und naturwissenschaftlichen deutschen Institute eingeladen, um der Reparationskommission Bericht über die Not der deutschen wissenschaftlichen Institute zu erstatten.

## Abbau der militärischen Kontrolle Deutschlands.

Die Regierungen von Frankreich, England, Italien, Japan und Belgien sind auf ihren der Reichsregierung im April d. J. gemachten Vorschlag zurückgekommen, die gegenwärtig zur Überwachung der Durchführung der besetzten militärischen Bedingungen des Vertrags von Versailles bestehende internationale Militärkontrollkommission zurückzulassen und durch ein weniger zahlreiches militärisches Garantiekomitee zu ersetzen, dessen Kosten die genannten Regierungen tragen wollen. Vorbedingung für die Verwirklichung dieses Vorschlages sei, daß die endgültige Durchführung mehrerer die Entwaffnung Deutschlands betreffenden Fragen sichergestellt wird. Die Reichsregierung hat sich bereit erklärt, über diesen Vorschlag in Verhandlungen einzutreten, unter der Voraussetzung, daß durch diese Verhandlungen die Beschränkung der Überwachung Deutschlands auf der im Friedensvertrag im Rate des Völkerbundes eingeräumten Befugnisse vorbereitet wird.

## Weitere Belastung der Zeitungen.

Nicht genug damit, daß das Reichswirtschaftsministerium eine Verdoppelung des bisher geltenden ungeheuren Druckpapierpreises für angemessen erklärt ohne Rücksicht darauf, daß dadurch der Mittelschicht Zeitungen in gefühliger Nähe gerückt wird, meldet sich jetzt auch die Post mit neuen Forderungen. Sie will, wie der „Deutschen Tageszeitung“ von parlamentarischer Seite geschrieben wird, für die Zeitungen wieder Bestellgebühren einführen und zwar in einer ganz außerordentlichen Höhe. Die Bestellung einer jeden Zeitung soll fünfzig Pfennig 1 Mark 50 Pfennig kosten. Ein Wochenblatt würde an Bestellgebühren im Jahre 75 Mark kosten, eine sechs mal in der Woche erscheinende Zeitung kostete bei 800 Nummern im Jahre 450 Mark Postbestellgebühren.

## Eine Denkschrift der Gewerkschaften.

In einer Denkschrift an den Reichskanzler, die Reichsministerien und die Parteien schlagen die Gewerkschaften aller Richtungen Mittel zur Verhütung des weiteren Verfalls der Markwährung vor. In der Denkschrift heißt es im „Vorworte“: Die Hauptursache der Teuerung bildet die fällige Entwertung des deutschen Geldes. Alle Veruche die einheimischen Warenpreise den Weltmarktpreisen anzupassen müssen ausbleiben, da deutsche Verbraucher solche Waren nicht mehr kaufen können. Die Anpassung der Preise an den Weltmarktpreis würde aber die Wirtschaftskatastrophe nur beschleunigen. Als diesem Dilemma müssen wir durch die Stabilisierung der deutschen Mark herauskommen. Mit der Erhaltung der deutschen Mark

## Über die Donauversinkungsfrage.

Von A. Waaber, Ulm a. D.

Die schon aus Vorkriegszeiten stammende unglückselige Idee der künstlichen Umleitung mit und ohne Wiederversenkung, als Kompensationsobjekt ist in der Hauptsache zu Fall gekommen. Der Krieg hat als gute Wirkung den Abbruch dieser Verhandlung herbeigeführt. — Daß die künstliche Umleitung so wie sie damals gedacht und regierungsseitig vorgesehen war, sage und schreibe von 260 Sekundenliter nicht zur Ausführung gekommen ist, wird niemand bedauern. Der inzwischen eingetretene neue Umstand hatte für einen nur einigermaßen mit den Verhältnissen vertrauten Kenner nichts Überraschendes, war die voraussehende notwendige Folge des natürlichen Vorgangs.

In dieser Voraussicht war von mir von allem Anfang an als erste Haupthandlung die Verbauung der oberen Versinkung an der Wehranlage der Maschinenfabrik Zimmendingen zur Erhaltung und Sicherung der Mindestabfluß-Wassermenge vorgesehen.

Schon verschiedene Jahre vor Kriegsausbruch habe ich darauf aufmerksam gemacht, daß die sogenannte obere Versinkung, die anfänglich unbedeutend war, so zugenommen und fortgesetzt zunehmen muß, daß sie der sogenannten Hauptversinkung im Schluckermögen gleich gekommen, wie ich in meinen Berechnungen zugrunde gelegt habe, daß die obere Versinkung 4000 Sekundenliter, wie die Hauptversinkung selbst 4000 Sekundenliter verschluckt. Nunmehr verschlingt die obere Versinkung an der Wehranlage der Maschinenfabrik Zimmendingen schon den Hauptteil der Zufuhrmenge. Die Umleitung dagegen, so wie solche zur Erhaltung des ununterbrochenen Donaulaufes von mir vorgesehen war, aber durch die vorgenommene Verbauung, Verhinderung des Wassers an der Versinkung, Fassung und Teilung gesichert, konnte weder trockengelegt, noch entwertet werden.

Die erste ernste Wendung durch diese nicht erst neuen Vorgänge mußten, naturnotwendig kommen, damit der rapide Fortschritt der Versinkung. Diese Sachlage ist nicht erst neu-

lich auf die ursprüngliche Bedeutung der Donauversinkung wie auf die bei der durch zunehmende Unterbrechung des Donaulaufes hervorgerufenen sanitären Schädigung, wie durch großen Wasserkräfteverlust und Folgen selbst für das Donaugebiet — Schiffahrt — Ulm und abwärts liegend, habe ich bereits vor Jahrzehnten eingehend bringend hingewiesen. Nicht fehlen ließ ich es, darauf hinzuweisen, daß den Donauanliegern ein historisches Recht auf die Erhaltung des ununterbrochenen Donaulaufes zustehe, sie durch ordnungsgemäße Flusspflege einen Rechtsanspruch darauf hätten. Es dürfte nicht, sei es durch Unterlassungen oder Maßnahmen, nur zum Vorteil eines Teils gehandelt werden, dieses um so weniger, als es sich um zwei getrennte Flussgebiete, internationaler Flussläufe handelt.

Die natürliche Anschauung, wer die Lasten trägt, soll auch die Ausnießung haben, ist voll berechtigt. Aber man darf auch sonst bestehende berechtigende Ansprüche nicht einfach ignorieren oder aufheben wollen, namentlich nicht, wenn diese solche der heftigsten sind, auf deren guten Willen man rechnen will. Bestit ist in gewissem Sinne Macht.

Wenn es heißt: Neuerdings wächst die Erkenntnis, daß aus der Donauversinkung nicht bloß für Zuttingen, sondern für das gesamte, zunächst württembergische Donaugebiet schwere Nachteile entstehen, so wird man auch wohl Verständnis dafür haben, daß man das Ubel nicht bebt, wenn man als Mittel zum Zweck ein neues schafft — aber das Ubel auf andere abwälzt.

Die Donaustraße Zuttingen, Wiblingen-Ulm hat eine Lauflänge von etwa 170 Kilometern. Aufstinentfernung etwa 100 Kilometer, Bruttogefälle von etwa 170 Metern, höchstmögliches Nutzgefälle rund 100 Meter. An dieser Stelle sind 2 Wasserwerke mit einem ausgebauten Nutzgefälle von rund 60 Meter (Zuttingen und Oepfingen unbegriffen). Wenn man, wie gebräuchlich, 260 Kilometer Lauflänge bis Donauwörth in Betracht zieht, so muß gleich bemerkt werden, daß von Ulm bis Donauwörth so viel wie keine ausgebauten Wasserkräfte sich befinden.

Jedenfalls total falsch aber ist es, wenn man ganz einseitig dieser großen Donaustraße von 260 Kilometer Lauflänge, auf der anderen Seite nur die kleine Bruchstücke Nachtopf- und Wodensee von 26 Kilometern Länge, mit 85 Metern Totalgefälle, wovon 50 Meter Nutzgefälle effektiv ausgebaut sind,

gegenüberstellt. Dabei begeht man den großen Fehler, daß man das zwischen Zimmendingen und dem Nachtopf liegende Versinkungsgefälle von 170 Metern Bruttogefälle, wovon 160 Meter als Nutzgefälle ausgenutzt werden können, absichtlich (dolus eventualis) außer Acht läßt oder fahrlässig vernachlässigt. Zu beachten ist, daß das hohe Nutzgefälle von 160 Metern auf nur 15 Kilometer Entfernung erzielt wird, und daß von den 85 Metern Bruttogefälle vom Nachtopf zum Wodensee 50 Meter Nutzgefälle ergeben, die effektiv ausgebaut sind.

Der Strecke an der Donau von 170 Kilometern Zimmendingen-Ulm muß eine gleiche Nutzstrecke von 170 Kilometer nach Wodensee bis Rheinfelden, Wafl, mit ähnlicher Luftlinien-Entfernung von 100 Kilometern, wie zwischen Zuttingen und Ulm, gegenüber gestellt werden.

Nimmt man bei gleicher Lauflänge hierfür zum richtigen Vergleich die gleiche Zufuhrmenge von der mittleren Jahreszufuhrmenge der oberen Donau von 7600 Sek. als Vergleichswasser im Jahr mit 5000/6000 Sekundenliter an, so ergibt dies auf der Gefällstufe Zuttingen, Oepfingen, Wiblingen, Ulm: ausgebaut mit 60 Meter Nutzgefälle 3000 bis 3600 Ps, dagegen Zimmendingen Nachtopf 160 Meter Nutzgefälle, Nachtopf Wodensee 50 Meter Nutzgefälle, zusammen 210 Meter Nutzgefälle (10—12000 Ps), dazu Rheinfelden Schaffhausen 25 Meter Nutzgefälle, Schaffhausen-Rheinfelden 25 Meter Nutzgefälle (2500—3000 Ps), Zimmendingen-Rheinfelden 260 Meter Nutzgefälle (12—16000 Ps), also das Vierfache von oben! Diese Zahlen sind feststehend unanfechtbar. Man ersieht daraus, daß die wohl angeordneten Donauinteressen und Nachinteressen von allgemeinem Standpunkt sich doch ungleich anders verhalten, als dies dargestellt wurde. Ganz unlogisch wäre es, daß während man einerseits verlangt, daß die auf badischem Gebiet liegenden Versinkungsstellen unbedeutend gemacht, während man die auf württembergischem Gebiet liegende, als Kompensationsobjekt behandeln, deren Offenhaltung verlangt wurde. — Die Bewertung der Zuttinger Versinkung überschätze man. Durch Verbauung der Versinkungsstellen und ordnungsgemäße Flusspflege der roten Bewässerung vorzubeugen, die gänzliche Unterbrechung des Flusses zu verhindern, ohne unnötige Parteien und Schäden und ohne Schädigung der anderen Seite, das zu erreichen, ist und wird stets mein unterwürdiges Ziel bleiben.



als Zahlungsmittel und Wertmesser ist das Lebensinteresse der arbeitenden Bevölkerung und das Wohl und Wehe aller Verbraucher sowie das Schicksal des deutschen Staates verknüpft. Eine Stützung der deutschen Mark würde u. a. erreicht durch die Einführung einer wertbeständigen inneren Anleihe. Ein weiterer muß die Befestigung der deutschen Staatsfinanzen auf dem Gebiet der Steuerreform verknüpft werden. Es ist für die Arbeitnehmer ebenso unverständlich wie unerträglich, daß ihnen Steuerbeiträge vom Einkommen auferlegt werden, während die Steuerentziehung bei den Unternehmern und besitzenden Klassen jahrelang auf sich warten läßt. Die Devisenordnung bliebe ein Schlingel im Wasser, wenn sie nicht durch praktikablere Ausgestaltung der Devisenkontrolle ergänzt würde. Wir erwarten, daß die Verhandlungen zur Erreichung der Auslandsanleihe zwecks Stabilisierung der Mark mit erneutem Nachdruck aufgenommen und durchgeführt werden. Die Gewerkschaften verlangen von der Regierung die Herbeiführung einer größeren Durchsichtigmachung der Kartelle, Syndikate und Trusts, die teilweise durch eine volkswirtschaftlich schädliche Preispolitik den Verfall der Währung fördern. Die Deutscher Reichspolizei fordert schließlich Sparhaftigkeit, Vereinfachung in allen öffentlichen Betrieben und Verwaltungen, sowie die Verlegung eines großzügigen Produktionssteigerungsplans, der die Befriedigung der lebensnotwendigen Bedürfnisse des Volkes sichert.

### Weitere Erhöhung der Postgebühren.

Zur Vorlage betreffend neue Erhöhung der Post-, Fernsprech- und Telegraphengebühren erklärte als Berichterstatter der braunschweigische Abgeordnete Hahn heute im Reichstag: Trotz aller Erhöhungen der Gebühren sehe die Postverwaltung sich heute wieder einem Defizit von 60 Milliarden infolge Erhöhung der Gehälter und Steigerung der sachlichen Ausgaben gegenüber. Er sagte, eine Sanierung könne bei der Reichspost nur herbeigeführt werden durch eine Verminderung der Personalausgaben und durch Vereinfachung der Verwaltung.

Reichspostminister Gieseler wies darauf hin, daß die gestrigen Beschlüsse wegen Erhöhung der Beamtengehälter wieder katastrophal auf die Reichesverwaltung wirkten. Die Sache werde so kommen, sagte er u. a., daß wir für das laufende Jahr ein Defizit von 50 Milliarden und für das nächste Jahr von 120-150 Milliarden haben werden. Errechnen läßt sich heute überhaupt nichts mehr. Im Fernsprechverkehr liegen heute mehr Anmeldungen als Abmeldungen vor. Der Briefverkehr geht dagegen ganz enorm zurück. Der Minister ersuchte die Vertreter der einzelnen Länder, schon jetzt ihre Regierungen auf ganz wesentliche, weitere Erhöhungen vorzubereiten. Die sozialen Einrichtungen, insbesondere die Versicherungsorganisationen, ebenso die Verbände werden ungenügend besetzt und dies werde Kulturinteressen und Menschenrechte betreffen, die ohnehin einen schweren Kampf ums Dasein führen. Darum werden wir überlegen müssen, ob künftig die Förderung der rein wirtschaftlichen Bilanzierung des Staats aufrecht zu erhalten ist oder nicht.

### Eine neue Bluttat durch Marokkaner.

Eine neue marokkanische Bluttat hat sich Sonntagabend in der Nähe von Frankfurt a. M. zwischen Soffenheim und Riedelheim an der Grenze des besetzten Gebietes ereignet. Ein 28-jähriger Schreiner aus Soffenheim wurde von marokkanischen Soldaten durch einen Raubstich so schwer verletzt, daß er nach seiner Einlieferung ins Frankfurter städtische Krankenhaus gestorben ist.

Die marokkanischen Soldaten kamen betrunken in eine Wirtschaft und verlangten Wein. Als ihnen dieser verweigert wurde, übermächtigten sie den Unteroffizier ihrer eigenen Wache, nahmen ihm sämtliche Munition weg und hielten dann die Wirtschaft und die Straße fortgesetzt unter Feuer. Dabei erhielt der Schreiner den tödlichen Schuß.

### Lenin über russische Wirtschaftspolitik.

In der Sitzung der vierten Tagung der Russischen Zentralrevolutionäre hielt Lenin eine Rede, die den Arbeiten der vom April bis September abgehaltenen Tagung gewidmet war. Lenin begrüßte zunächst die Befestigung des Fernen Ostens durch die Rote Armee als einen Sieg über die letzten Reste der Gegenrevolution. Die Räumung des Fernen Ostens sei gleichzeitig ein Sieg der russischen Diplomatie, die auf der bevorstehenden Konferenz von Lausanne hoffentlich ebenso erfolgreich die Rechte der Sowjetrepubliken vertreten werde oder wenigstens den Volksmassen die wahren Hindernisse der Bewirtlichung der gerechten Forderung Rußlands zeigen werde. Lenin betonte die Bedeutung des von der Tagung angenommenen Arbeitsplans, der die Unantastbarkeit des Achtstundentages und andere Grundlagen der Arbeitergesetzgebung in einem Augenblick fest-

gelegt festlegte, wo die internationale Bourgeoisie zur Offensive gegen die Arbeiterklasse übergehe. Das industriell zurückgebliebene Rußland werde in kurzer Zeit das kapitalistischste Ausland technisch einholen und zwar in einem Tempo, das im Ausland unbekannt sei. Durch die Annahme des Bodenlozes habe die Sowjetmacht neuerlich den Interessen der Bauernschaft Rechnung getragen. Das neu angenommene Gesetz über das Gerichtsverfahren könne dem Auslande als Beispiel vorgehalten werden. Die Sowjetmacht werde die Grenzen zwischen den gerechten Einzelforderungen der Bürger im Zusammenhang mit der neuen Wirtschaftspolitik scharf ziehen. Die Vervollständigung des Verwaltungsapparates und die Bekämpfung der Bürokratie bleibe eine wichtige Aufgabe, die mit dem Aufschwung der Arbeitermassen zu einer höheren Kulturstufe gleichbedeutend sei.

### Einladungen zur Konferenz von Lausanne.

Die griechische Regierung hat die Einladung zur Konferenz von Lausanne angenommen und die Alliierten von dem Verschick unterrichtet.

Nach einer Meldung aus Brüssel, hat die belgische Regierung an die Regierungen, die die Einladungen zur Konferenz in Lausanne vermittelt haben, das Ersuchen gestellt, auch eingeladen zu werden.

### Richtlinien Mussolinis für Lausanne.

Der italienische Ministerpräsident, der gestern bis in die tiefe Nacht hinein lagte, befaßte sich auch mit den Richtlinien Mussolinis für die Orientierung von Lausanne, die aber nicht näher bezeichnet werden und den Reparationsfragen im Hinblick auf die kommenden Brüsseler Verhandlungen. Weiter wurde festgestellt, daß sowohl die Lage in Dalmatien wie in der Adria auf keinerlei Verognissen Anlaß gebe. Nur die innere Lage erklärte Mussolini, daß fast überall normale Zustände wieder herrschen, was aber nicht ganz richtig ist, und daß die Zwangsmaßnahmen gegen einzelne Persönlichkeiten und Zeitungen usw. aufgehoben werden sollten. Die Regierung wird bis zum Aufammentritt der Kammer am 15. November ihr Regierungsprogramm ausgearbeitet haben. Sie wird vom Parlament die Verlängerung des provisorischen Budgetgesetzes bis zum Juni 1923 verlangen.

### Absetzung des Sultans?

Wie die Chicago Tribune aus Konstantinopel meldet, hat die Nationalversammlung nach einem Vorschlag Nizaga Kurri Wehs am Samstag einstimmig die Absetzung des Sultans proklamiert. Siqim Karabekir Pascha wurde zum Generalgouverneur von Konstantinopel ernannt und aufgefordert, sich sofort nach der Hauptstadt zu begeben, um dort seinen Posten anzutreten. Die Nationalversammlung hat noch keinen Nachfolger für den Sultan verlangt, sich aber das Recht vorbehalten, einen Staatschef ohne dynastische Rechte zu wählen. Außerdem hat die Nationalversammlung das Volk souverän erklärt und beschlossen, die Bezeichnung „Ottomanisches Reich“ durch „Türkischer Staat“ zu ersetzen, was mit der Proklamation der Republik gleichbedeutend wäre.

### Kurze polit. Nachrichten.

• **Schuldenproblem und internationale Wirtschaftskonferenz.** Wie Gabas aus Washington meldet, erklärt man im Weißen Hause, die Regierung werde abwarten, bis die Sachverständigen das Schuldenproblem gelöst hätten, bevor sie an eine Beteiligung an der internationalen Wirtschaftskonferenz denke, die über das Problem der Kriegsschulden verhandeln soll. Die Regierung sei der Ansicht, der Erlaß der Schulden werde das Problem nicht lösen, das man unter allen Umständen lösen müsse. Die Regierung sehe die Lage nicht als entmutigend an. Sie werde die Schuldverhältnisse nicht drücken, aber sie bleibe dabei, daß Schulden nationale Verpflichtungen seien. Die Verhandlungen würden fortgesetzt, bis man eine Lösung gefunden habe. Im Augenblick würden Anstrengungen unternommen, um den Vereinigten Staaten zu ermöglichen einen Vertreter für den internationalen Gerichtshof zu bestimmen.

• **Die Verfolgung der Erzbergermörder.** Zu der Blättermeldung sei sei anzunehmen, daß der Staatsgerichtshof in Leipzig die weitere Verfolgung der Mordtäter übernehmen wird, wird mitgeteilt, daß diese Annahme völlig unzutreffend ist. Es ist beim Landgericht Offenburg, dessen Staatsanwaltschaft seither die Mordtäter Erzberger bearbeitete, seitens des Leipziger Staatsgerichtshofs keinerlei Einforderung von Akten erfolgt.

Die Blättermeldung von der angeblichen Übernahme der Mordtäter nach Leipzig ist damit erledigt. Die Verfolgung der Erzberger-Mörder, deren Aufenthalt in einer ungarischen Stadt in der Nähe von Budapest den deutschen Polizeibehörden genau bekannt sei, verbleibt noch wie vor der Staatsanwaltschaft Offenburg.

• **Ein neuer Kriegsbeschuldigtenprozeß.** Den Blättern zufolge findet in Leipzig am 17. November vor dem Reichsgericht ein neuer Kriegsbeschuldigtenprozeß statt. Es wird gegen den Landsturmmann Grüner wegen angeblichen Diebstahls und Fälschung verhandelt werden, die er in Charleroi in Belgien betriebe haben soll. Der Angeklagte befindet sich in Untersuchungshaft.

• **Erhöhung der Renten.** Die Reichsregierung hat eine Verordnung erlassen, durch welche die Unterführung der Rentenempfänger der Invaliden- und Anstellungsverversicherung wesentlich erhöht wird. Mit Wirkung vom 1. Oktober ab sind die Höchstgrenzen, bis zu denen die Gemeinden bei der Festsetzung des Gesamteinkommens, das den Rentenempfängern zukommen soll, gehen dürfen, für die Empfänger von Invalidenrente auf 18.000 M., für die Empfänger von Witwenrente auf 15.000 M. und für die Empfänger von Waisenrente auf 7.000 M. festgesetzt worden. Bei der Berechnung des Gesamteinkommens der Sozialrentner bleiben das Arbeitseinkommen bis zu 12.000 M. und die Bezüge auf Grund der Militärbeurlaubungsgehalte, der Knappschaftlichen Versicherungen usw. bis zu 4.800 M. anrechnungsfrei. Um keine Verzögerung in der Auszahlung zu verursachen, können die erhöhten Beträge, die bei der Festsetzung des Gesamteinkommens anrechnungsfrei sind, zunächst unberücksichtigt bleiben. In diesem Falle ist den Rentenempfängern der Mehrbetrag der Unterführung später nachzuzahlen.

• **Gedenkfeste an den deutschen Kriegsergräbern in Paris.** Wie schon in den Vorjahren auf den Pariser Friedhöfen Bagneux und Ivry fand heute auf dem Friedhof Pantin eine eindrucksvolle Feier zu Ehren der in französischer Erde ruhenden deutschen Krieger statt, welcher die in Paris wohnenden deutschen Beamten und Angestellten sowie die Vertreter der deutschen Presse mit Angehörigen beimohnten. Die deutschen Kriegsergräber sämtlicher Pariser Friedhöfe trugen Blumenkranz. Bei der Einweihung des Gedenksteins hielt Vorkämpfer Dr. Mayer eine Ansprache, worin er aller in französischer Erde ruhenden deutschen Krieger gedachte.

Die Not der Heimat sei groß und fordere täglich neue Opfer, aber keine noch so bittere Not werde jemals aus dem Herzen des deutschen Volkes die Gefühle der Dankbarkeit und Bewunderung für unsere Tapferen auslöschen. Ihr leuchtendes Beispiel werde dem deutschen Volke ein heiliges Vermächtnis der Vaterlandsliebe bleiben und ein mächtiger Ansporn sein, Deutschland wieder zu besseren Tagen emporzuführen. Die Frau des Vorkämpfers Dr. Mayer legte für die deutschen Mütter und Frauen einen Kranz nieder.

• **Der Mord im D-Zug.** Zum Raubüberfall auf den amerikanischen Major James Sauerwein ist weiter mitzuteilen, daß er für kurze Zeit aus seiner Bewußtlosigkeit erwacht war u. einige wichtige Angaben machen konnte. Danach ist Major Sauerwein in Niederlahnstein in den Zug gestiegen, um nach Basel zu fahren. Er war bis Radesheim allein im Abteil. Auf dieser Station stieg ein junger Mann zu ihm ein, der den Eindruck eines ehemaligen Offiziers machte. Von Radesheim ab hat Sauerwein geschlafen und über die weiteren Geschehnisse herrscht noch völliges Dunkel. Unter seinen Effekten werden zwei Reiseflecks Nr. 39 und 40, angeheftet auf je 50 Dollars auf die Amerikanische Greyh-Compagnie, vermerkt. Nach dem Verbleib dieser Reiseflecks wird nun gefahndet. Der Annahme, daß der Verbrecher nach der Tat den Zug in Wiesbaden verlassen hat, steht die Tatsache entgegen, daß in Wiesbaden ein Wechsel des Superkonfals stattfindet, womit gewöhnlich eine Überprüfung der einzelnen Abteile verbunden zu sein pflegt. Bei dieser Gelegenheit hätte also die Tat schon in Wiesbaden entdeckt werden müssen. Folglich ist es nicht anders möglich, als daß der Überfall zwischen Wiesbaden und Frankfurt geschah und daß der Täter in Frankfurt den Zug verlassen hat. Die Nachforschungen werden mit größtem Nachdruck von allen beteiligten Behörden betrieben, doch sind vorläufig noch keine Anhaltspunkte vorhanden, die in eine bestimmte Richtung weisen.

• **Polnische Beamte für das Ruhrgebiet.** Wie von vertrauenswürdigster Seite aus Polen berichtet wird, ist von der französischen Regierung daselbst die Anfrage gestellt worden, ob und welche polnische Beamten bereit sind, im Ruhrgebiet und in Essen in französische Dienste zu treten. Die Bedingungen sind äußerst günstig. Verlangt wird völlige Beherrschung der deutschen und der polnischen Sprache. Es haben sich bereits eine Reihe von Beamten gemeldet.

### Landestheater.

#### Hamlet, Prinz von Dänemark.

Shakespeares verfeinerte Geschichte des jagenhaften dänischen Prinzen „Amlets“. Vertieft, schmerzhaft gezeichnet die Probleme, die Gestalten — die Lebensweisheit, Philosophie. Das Dramatische ist nicht der Witz, das Wesentliche, der Tod der geistesgestörten Geliebten, das Duell auf Leben u. Tod und der mit Witz gefüllte Keld. Das Dramatische ist die Gestaltung der Innenhandlung, das Tragische des Kämpfers Hamlet in der feindlichen Umwelt, seine von Erschütterungen, Zweifeln, Angsten und glühender Wut erfüllte Seele. Hamlet — eine Gestaltungsprobe für einen ersten gereiften Darsteller...

Robert Würtner in der Titelrolle. Schlang, Bläse im Antritt, sah blond das Haar, schwarz das Kleid, schwarz der Anzug. Richtiges, edles Menschentum in dunklen Wirbeln. Sein Kampf mit den schwarzen Seelen der Mörder und Giftmischer. Würtner verleiht scharfe Umrisse zu ziehen. Es gelingt ihm. Oft wird die Sprache zu gewaltig, er überprudelt sich, vergißt sich in nervösen Zuckungen. Kleinigkeiten. In Lebenswahrheit ist sein Aufsteigen — es leidet darunter die Dichtung. Aber er ist eger die Rolle zu imponanter Höhe inneren und äußeren Erlebens. Er weiß eine Geste zu deuten, weiß zu unterstreichen und zu schattieren. Er gibt die Sprache, die richtige Rolle. Der Gesamtantritt ist Hamlet. Eine große Leistung.

Fritz Baumbach spielt den König. Klar in der Stimme, abgerundet das Spiel, sicher und ausdrucksfähig. Ausgezeichnet ist Hugo Höfers Oberkammerer Volvius. Wütig, väterlich und warm im Ausdruck (fast zu mild und „bürgerlich“ in diesem klassischen Opus), freut er die Lebensweisheiten Shakespearescher Naivität über jene Mitmenschen aus und zeichnet eine köstliche Gestalt in dieser Rolle. Stefan Dahlen spielt Baerles mit großem Können, sehr stimmlich gar viel Erzeugnis an. Die Rolle des Geistes hatte Fritz Herz, die des Horatio H. v. d. Trend. Merici übernommen.

Von Damen waren in den Hauptrollen beschäftigt Mel. Ermarth als Königin, welche die Rolle steigert und noch

mehr hätte verinnerlichen können, und Dora Geiseler als Ophelia. Ihr Spiel war getragen von starkem Können und reichem Gefühlsweltgefühl.

Die Bühnenbilder zeigten sich dem Zuschauer wirksam in farbiger Stimmung, wie im spanischen Aufbau, auch bei den kleineren Szenen mit teils tief durchbrochenen Vorhangslüften. Der häufige Szenenwechsel ging ohne größeres Gemühs zu staten. Nur darf Otto Kienich, der rührige Spielleiter, nicht allzuweit die Rollen vor ihren Auftritten hinter der Bühne in das Licht der Seitenlücken stellen, es machen sich dann unangenehm die Schatten „der Kommenden“ bemerkbar. Es genügt, wenn der (gerade wenig) geistreiche Auftritt des toten Königs von Shakespeare gestaltet wird...

Adolf G. im mele.

### Zeitschriftenschau.

• **Die Frau als Trägerin edler deutscher Kultur.** Dies ist das Hauptmotiv, der Grundgedanke, auf welchen das sechste erscheinende Heft der Zeitschrift „Neue Frauenkultur und Frauenkultur“, Zeitschrift für persönliche, künstlerische Kleidung, Körperkultur und Kunsthandwerk, eingestellt ist. (Verlag G. Braun in Karlsruhe i. B.)

Die Frau — Trägerin deutscher Kultur! Diese Verantwortung trägt schon das heranwachsende Mädchen, das bewußt seinem Berufszweck entgegenstrebt, wieviel mehr jedoch die reife Frau, die ihren bestimmten Platz im Leben einnimmt. Die Mutter und Mutter als Hüterin der Gütlichkeit, die berufstätige Frau als Mitwirkende am wirtschaftlichen, am öffentlichen Leben.

Wir verweisen auf den Aufsatz von Paul Sperling „Von geistigen Gezeiten, von deutscher Wiedergeburt und Frauenkultur“, auf jenen von Else Otto, „Die Umwelt wird von der Frau geschaffen“. Verantwortlichkeit fordert Emmy Schöch-Weimbach, eine Meisterin ihres Faches, in ihrer berufsberatenden Klauerei „Das Handwerk mit Nadel und Schere“. Ähnliches verlangt Käthe Lerche für ein anderes Frauenarbeitsgebiet in ihrer Abhandlung „Frauenbewegung — Frauenarbeit“. Aus den noch zu lösenden Fragen im Frauenerwerbsehen bespricht Clara Wolff-Frankfurt, die soziale Angelegenheit der „Heimarbeit“.

Den berufsuchenden jungen Mädchen ist „Ein Brief an das blonde Mädchen“ gewidmet, in welchem nicht in lehrhaftem Ton gepredigt, sondern aus Selbsterlebtem heraus geraten wird. Prof. L. Segmiller, Forstheim-München, spricht abschließend über „Die Gewerbechau als Zeit- und Kulturdokument“. Im kunsthandwerklichen Teil haben Jugendleiterinnen und Erzieher das Wort über „Spiel und Spielzeug“. Von Körperkultur handelt Walh Newins' Aufsatz über „Gymnastik als Erziehungsgrundlage“. Der Frau im Beruf und öffentlichen Leben sowie der Hausfrau sind zwei weitere Abschnitte gewidmet. Den Grundton des Textes begleiten im engsten Zusammenhange künstlerische Aufnahmen von Frauen- und Kinderkleidung sowie Kunsthandwerk. Zahlreiche Modelle zeigen uns das „Herbst- und Winterkleid der Frau“ vom häuslichen bis zum großen Gesellschafts- und Straßenkleid, Modelle, die in ersten deutschen Verfassungen enthalten sind, und die allerdings nicht zeigen wollen: — man trägt sich so und nicht anders —, sondern welche das Auge für Form und Linie schulen und Anregung geben wollen zum selbstschöpferischen Schaffen. Eine Fülle praktischer Anweisungen dazu gibt der beigegebene Schnittmusterbogen.

Wo gibt es Militarismus? Über dieses hochinteressante Thema handelt die neue Sondernummer der bekannten Wochenschrift „Neinischer Beobachter“ (Rotterdam, Verlag Edmund Stein). Der Herausgeber Dr. Wolfgang Scheidewin hat hier Aufsätze von deutschen, englischen und französischen Autoren zusammengestellt, die von verschiedenen Seiten her, aber mit dem gleichen Ergebnis diese trennende Problem behandeln. Eine fesselnde bildliche Darstellung unterstützt den Eindruck der Aufsätze. Deutschland mit seinen hunderttausend Mann Reichswehr ist eingeklemt zwischen Militärmächten ersten Ranges wie Belgien und Frankreich, Polen und Tschechoslowakei. Belgien gibt 25,5 Proz., Polen 25,8 Proz., die Tschechoslowakei 17,9 Proz., Frankreich 17,8 Proz. für Militärgewende aus, Deutschland aber nur 1,8 Proz. Hinter diesem Militarismus stehen, wie die Aufsätze von Caillaux und von der Frau Philip Snowden von neuem beweisen, die selbstischen Interessen der französischen Schwerindustrie.

Das ist der große Kulturerfolg des Weltkrieges, in welchem ein Dutzend Millionen Menschen für die Erziehung der Menschheit vom Militarismus ihr Herzblut vergossen haben.



\* Abgefertigte deutsche Kanalschiffe in Straßburg. Wie die Straßburger Zeitung Republikaner schreibt, befinden sich zurzeit im Rheinkanale eine Anzahl neuer Kanalschiffe, die von Deutschland an Frankreich abgefertigt wurden als Ersatz zerstörter. Die Kanalschiffe werden den Schiffen zum Preis von 65000 Franken angeboten, eine Preishöhe, die in Anbetracht des Wechsellurses stark kritisiert wurde.

## Kommunalpolit. Rundschau.

Eine Musteriedelung für Kriegsbeschädigte.

Von allen Plänen, den Kriegsbeschädigten zur Schaffung von Heimstätten zu verhelfen, sind bisher nur wenige ausgeführt worden. Ein gutes Beispiel hat der Gutsbesitzer Lange, selbst ein Kriegsbeschädigter, gegeben. Er stellte von seinem an der Straße Berlin-Küstrin liegenden Gut 30 Morgen zu Siedlungszwecken zur Verfügung. Schon im Juli 1921 wurde mit der Ausführung des Projektes begonnen, und im Frühjahr dieses Jahres wurden schon die ersten Häuser bezogen. Insgesamt ist die Hälfte der auf 60 Wohnungen bemessenen Siedlung bereits bebaut. Von den 8 Millionen Mark betragenden Baukosten sind 4 1/2 Millionen Darlehen der Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte.

Jede der Siedlerfamilien wird ein Stück Gartenland zur Bebauung haben. Die Häuser enthalten fünf Wohnräume und eine Küche und sind mit elektrischem Licht versehen. Die Miete ist auf jährlich 900 M. angesetzt, für später ist der Verkauf an die Siedler zum Selbstkostenpreis beabsichtigt. Der Reinertrag des Unternehmens wird an die Siedlerfamilien verteilt.

Bei den Männern handelt es sich hauptsächlich um Schwerkrankenbeschädigte mit mindestens 50 Prozent Rente, die als Handwerker, als Gutsarbeiter oder als Industriearbeiter in Küstrin ihr Brot verdienen. Zur besonderen Pflege der Kinder ist ein Jugendheim errichtet. Diese Siedlung ist ein Muster der Gründlichkeit und der Sorgfältigkeit, deren Zahl trotz der jenseitig gegebenen Voraussetzungen noch sehr gering ist, die aber am besten geeignet sind, die Wohnungsnot in den Städten zu mildern.

## Badische Übersicht.

### Staatspräsident Hummel über Außen- und Innenpolitik.

In einer überaus stark besuchten Versammlung, die die Ortsgruppe der deutschen demokratischen Partei in Freiburg einberufen hatte, hielt Staatspräsident Dr. Hummel einen längeren Vortrag über die wichtigsten Ereignisse der Außen- und Innenpolitik. Einleitend schilderte der Vortragende die Krisenereignisse, die die wirtschaftlichen und politischen Zustände der ganzen Welt zerrütteten. Eine der Hauptursachen dieser Störungen ist der schwächende Zustand der deutschen Währung, und daß man die deutsche Mark als internationales Zahlungsmittel eigentlich ausgeschaltet hat. Der Redner bespricht dann in ausführlicher Weise die gegenwärtigen Verhandlungen der Reparationskommission mit der Reichsregierung in Berlin, von denen er sich insofern nichts Erfreuliches verspricht, als er der Ansicht ist, daß solange das Vertrauen in die deutsche Volkswirtschaft im Ausland einerseits und das Vertrauen des deutschen Volkes zu seiner Währung andererseits nicht wieder hergestellt ist, eine Gesundung nicht eintreten kann. Im Zusammenhang damit verwies der Vortragende auf die geschwundene Staatsautorität und die Anfeindungen der jehinen durch extreme rechts- und linksradikale Kreise. Ein weiteres Hindernis für die Gesundung der deutschen Finanzen und Wirtschaft ist die Unmöglichkeit der Erfüllung der utopischen Reparationsforderungen aus dem Versailler Friedensvertrag. Solange im Ausland die Meinung besteht, daß von Deutschland Reparationsforderungen erpreßt werden können, die über das Maß hinausgehen, was in Generationen eine Volkswirtschaft überhaupt leisten kann, solange wird weder in Deutschland noch im Ausland der Glaube jemals wieder entstehen können, daß die deutsche Wirtschaft je in die Normalität käme, so produktiv zu sein, daß sie ausländische Anleihen verzinsen und amortisieren könnte. Wenn die Reparationskommission an diese Möglichkeit glauben würde, so hätte sie uns jedenfalls schon von selbst eine ausländische Anleihe zur Stabilisierung der Währung und zur Gesundung der deutschen Wirtschaft vermittelt, ein Beweis, daß alle Maßnahmen nur auf dem Papier zustande kommen, wenn nicht in der vorgezeichneten Weise durchgreifend geholfen wird.

### Badisches Landestheater.

Samstag, 4. Nov. 6 1/2, b. n. 10 Uhr. 150 Mk.  
Abonn. E 6. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2501-2900.

## Simson.

Spielplan vom 5.-14. November.

Im Landestheater. So. 5. vorm. 11 1/4. Morgenfeier. In der Wandelhalle des I. Rang. Vortrag von Prof. Dr. von Grolmann über Grabbe als Einleitung zur Erstaufführung von Don Juan und Faust am 9. Nov. im Landestheater (25 Mk.) Mitglieder des Theaterkulturverbandes und der Gesellschaft für deutsche Bildung erhalten gegen Vorzeigen der Mitgliedskarte Eintrittskarten zum ermäßigten Preis von 15 Mk. an der Theaterkasse, ebenso Inhaber von Eintrittskarten zur Vorstellung am 9. 11.; abends 6 1/2. Othello. (Oper.) (350.00.) — Mo. 6. I. Sinfonie-Konzert. Solistin: Fr. Elisabeth Moritz. 7 1/2. (80.00.) — Die 7. Volksbühne. J 3. Martha. (250.00.) — M. 8. Abonn. D 7. Die Spieler. Die Komödie der Irrungen. 7. (200.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 501-900. — Do. 9. Abonn. G 7. Neu einstudiert. Don Juan und Faust. 6 1/2. (200.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1-300. — Fr. 10. Abonn. A 6. Die verstellte Einfalt. 7. (350.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3401-3700. Sa. 11. Wilhelm Tell. (Öffentlich.) 6 1/2. (200.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 4301-4500. — So. 12. Cavalleria rusticana. Der Bajazzo. 6 1/2. (450.00.) — Mo. 13. Volksbühne. L 2. Wilhelm Tell. 6 1/2. (200.00.) — Die 14. Abonn. A 7. Die Weber. (Öffentlich.) 7. (200.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 301-500.

Im Konzerthaus. So. 5. nachm. 2. Volksbühne. H 6. Der Revisor. Abends 7. Der keusche Lebemann. (150.00.) — Fr. 10. Volksbühne. H 7. Der Revisor. 7. — So. 12. Der keusche Lebemann. 7. (180.00.)

Auslösung der Karten für die Teilnehmer der Theater-Gemeinde jeweils am Vortrag der Aufführung in der Geschäftsstelle (10-1/2, 4-6 Uhr). Correcht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufsrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 4., nachm. 1/4-5 Uhr, allgemeiner Verkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 6. an.

## Kurze Nachrichten aus Baden.

\* Kr. 78 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes enthält die Verordnung des Ministeriums des Innern: die Beschränkung des Einzelhandelsverkaufs im Prudenkopf Refl.

Mannheim, 3. Nov. Die Oggersheimer Mühle König u. Verff ist in vergangener Nacht einem verheerenden Großfeuer zum Opfer gefallen. An den Beschädigten beteiligten sich die Feuerwehren von Oggersheim, der Zuckerfabrik Frankenthal und die Berufsfeuerwehr von Ludwigshafen a. R. Den vereinten Anstrengungen der versammelten Feuerwehren gelang es, den Brandherd auf die Mühle selbst zu beschränken. Mägerei, Wohnhaus, Wirtschaftsgebäude und Stall wurden durch das umfichtige Eingreifen der Feuerwehren gerettet. Bei dem Versuch, das im Keller lagernde Mehl zu bergen, wurden fünf Feuerwehrlente und der Obermüller Bachbühler verbrannt. Die Dede des Kellers stürzte, als kaum drei Zentner Mehl geborgen waren, ein und begrub die sechs Menschen unter den Trümmern. Der teilweise durch Versicherung gedeckte Schaden dürfte sich auf weit über 25 Millionen Mark belaufen, zumal Kommunalverbandsgetreide in größeren Mengen dieser Tage erst angefahren worden ist. Wer die Ursachen des Großfeuers ist genaues noch nicht zu erfahren. Brandstiftung ist nicht ausgeschlossen. Fünf der Beschädigten sind tot und einer schwer verletzt geborgen worden.

DZ. Mannheim, 3. Nov. Eine Frau von Masendorf fand im Bade einen kleinen Gasballon. Die anhängende Postkarte schickte sie an die angegebene Adresse nach England. Dieser Tage traf nun ein Antwortschreiben ein. In dem Brief lag außerdem eine 10 Schillingnote, nach deutscher Währung ungefähr 10000 M.

DZ. Mannheim, 3. Nov. Auf den Inhaber des Zigarrenladens O. S. 12, dahier, wurde am 31. v. M., abends 1/9 Uhr ein Raubüberfall verübt, indem ihm mit einem harten Gegenstand mehrmals auf den Kopf geschlagen wurde, so daß er erhebliche Verletzungen davongetragen hat. Die Täter sind entkommen.

DZ. Schwetzingen, 3. Nov. Vorgestern abend hat sich hier der 46 Jahre alte Bäcker und Kaufmann Otto Schottenhofer erschossen.

DZ. Gernsbach, 3. Nov. Der von Station Scheuern kommende Güterzug fuhr Dienstag abend infolge zu früher Freigabe des Einfahrtszeichens auf den in Station Gernsbach haltenden Personenzug auf. Durch Gegenstoß wurde der Anprall gemildert. Der Gepäckwagen wurde aus den Schienen gehoben. Passagiere wurden nicht verletzt.

DZ. Lahr, 3. Nov. Nach einer Vorlage des Stadtrats, die dem Bürgerausschuß zur Genehmigung vorgelegt wurde, wird nunmehr der Plan zur Errichtung eines städtischen Altersheims der Bewirklichung entgegengeführt werden. Es soll das Verwaltungsgebäude sowie das Gebäude des ehemaligen Garnisonlazarets hierfür Verwendung finden, da in diesen Gebäuden nur wenig bauliche Veränderungen erforderlich würden. Diese würden trotzdem noch einen Aufwand von 450 000 Mark notwendig machen. In der Stadt werden durch die Schaffung des Altersheims zahlreiche Wohnungen zu anderweitiger Benutzung frei, was bei der großen Wohnungsnot sehr beträchtlich in die Waagschale fällt.

### Aus der Landeshauptstadt.

DZ. Preise für Vorbrude des Postfach-, Post- und Telegraphenverkehrs. Vom 1. November an haben die Preise für Vorbrude eine weitere Erhöhung erfahren. So kostet eine Postkarte, Barettkarte, Postauftrag und Postanweisung 80 Pfennig, ein Posteinlieferungsbuch 15 bis 80 Mark, eine gewöhnliche blaue Zahlkarte 80 Pfennig, Spektroskopische 10 Stück 12 Mark, ein Schachspiel, Überweilungsheft, mit 50 Blättern 100 Mark, ein Telegrammaufgabebuch 130 Mark.

DZ. Keine Portierhöhung am 1. November. Vielfach ist man im Publikum der Meinung, daß am 1. November eine Portierhöhung eingetreten sei. Das ist nicht der Fall. Der Verkehrsbeitrag beim Reichspostministerium hat am 24. Oktober beschlossen, die Portofakse erst am 1. Dezember zu erhöhen, dafür aber um 100 Prozent. Dagegen sind die erhöhten Eisenbahnfahrpreise in Kraft getreten.

\* Landestheater. Das erste Sinfoniekonzert des Badischen Landestheaterorchesters, das Montag den 6. November, abends

halb 8 Uhr, im Landestheater stattfindet, hat ein rein klassisches Programm. Der erste Teil gehört Berken Mozarts, von dem die Jupiter-Sinfonie und ein Klavierkonzert (c-moll) zur Ausführung kommen. Wie Hansbis Londoner Sinfonien einen anderen Stil aufweisen als seine früheren Schöpfungen, so hat auch diese letzte Mozart-Sinfonie zusammen mit den beiden gleichbedeutenden in Es-dur und g-moll anderes Formale und geistigen geistigen Hintergrund. Sie ist Gipfelpunkt des geistigen und technischen Entwicklungsganges Mozarts in der programmlosen Instrumentalmusik und darin dem zweiten sinfonischen Werk des Abends, der großen C-dur-Sinfonie Schuberts, nicht unähnlich. Zwischen beiden Meisterwerken wird Fr. Elisabeth Moritz, unsere bekannte einheimische Mozartspielerin, aus der Reihe der 23 Klavierkonzerte Mozarts, das Konzert in C-moll zum Vortrag bringen, in dem erst nach schwerem Kampf fast tragischen Charakters und düsterem Ernst sich Mozarts trotz bejahender Lebenswille losringt. Das somit drei Hauptwerke des Klassizismus umfassende Konzert verspricht unter Operndirektor Fr. Cortezis Stabführung anregenden Genuß.

## Verschiedenes.

\* Entzifferung einer babylonischen Steintafel. Dr. E. Chiera, Professor der Assyriologie an der Universität von Pennsylvania, hat soeben die Entzifferung einer babylonischen Steintafel vollendet, die etwa aus dem Jahre 2100 vor Christus stammt, und die eine Darstellung des Sündenfalls des ersten Menschen und seiner Vertreibung aus dem Paradies enthält. Der Bericht der Tafel zeigt in manchen Einzelheiten eine überraschende Ähnlichkeit mit der in der Genesis gegebenen Darstellung. Die Erzählung in der Form eines Dialogs zwischen dem Menschen und Gott gehalten und scheint in Adam ein Opfer eifersüchtiger Götter zu sehen, die ihn aus dem Paradies treiben, weil sie befürchteten, daß er sie an Weisheit überflügeln könnte. Von Eva ist hier keine Rede, und auch der Schlangengeschicht keine Erwähnung, was Dr. Chiera damit erklärt, daß die Schlangendebatthe Babyloniern als zuverlässiger Freund und Berater der Menschen galt.

Wie die Wissenschaft annimmt, entkam die Niederschrift des hebräischen „Berichts über den Garten Eden“ der Zeit nach 1000 vor Christus, die jetzt entzifferte Steintafel ist in der Sprache der Sumerer, der ältesten Bewohner des babylonischen Tieflands, geschrieben und entkam der Zerstörung durch die Assyrer, die die Ausgrabungsarbeiten der Universität Pennsylvania mehrere Tausend Tafeln ans Licht förderten. Nach der Ansicht des amerikanischen Assyriologen wurde die alte babylonische Legende von den Juden übernommen und ihrer monotheistischen Lehre entsprechend umgeändert. Dr. Chiera bringt eine Reihe von Gründen vor, die den Beweis führen sollen, daß das Original der Erzählung der Genesis babylonisch war und daß trotz der hebräischen Überarbeitung in die biblische Geschichte viele Einzelzüge übergingen, die mit der jüdischen Theologie schwer vereinbar sind.

## Staatsanzeiger.

Bekanntmachung.

Die Errichtung einer Apotheke in Brühl betr.  
Der Gemeinde Brühl wurde die persönliche Berechtigung zum Betriebe der Apotheke in Brühl unter der Bedingung verliehen, daß die Apotheke dem Apotheker Alfred Fetsch in Überlingen verpachtet wird.

Karlsruhe, den 30. Oktober 1922.

Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:

Leers.

Schöpflin.

Verkehrspolizei.

Aufgehoben ist die Annahmestelle von Eis- und Frachtgut, Stückgut und Wagenladungen nach Kaiserslautern Ort (alle Bahnhöfe) und Wergang und nach Zweibrücken Ort und Übergang.

Aufgehoben ist ferner die Annahmestelle von Frachtgutladungen nach Regensburg Ort einschl. Donaulände.

Confektionshaus  
**Hirschen**  
Spezial - Geschäft  
eleganter und moderner  
Herren-Moden  
Kaiserstraße 95

Für tadellose  
**Perser-Teppiche**  
erzielen Sie pro Quadratmeter bis M. 20 000.— und höher.  
Eilofferten mit genauer Beschreibung erbeten unter  
O. M. 383 an Rudolf Mosse, Mannheim.

**Junger Mann**  
mit Mittelschulbildung sucht  
Anfangsposition in Stadt-  
oder Gemeindeverwaltung.  
Beste Zeugnisse stehen zu  
Dienst. E. Eisner,  
Furtwangen. 1945

**Metallbetten**  
Stahlmatt, Rinderbett, direkt  
an Privat, Katalog 78 R frei.  
Eisenmöbelfabrik Sulz (Zhr.).

Bekanntmachung.  
Die Stelle des hiesigen  
**Stadtrechners**  
(Gruppe VIII unter Vor-  
rückung nach IX) ist auf  
15. Januar 1923 neu zu  
besetzen. Geeignete tüchtige  
Bewerber wollen sich unter  
Angabe ihrer Gehaltsan-  
sprüche und Verfügung  
ihres Lebenslaufes bis läng-  
stens 1. Dezember 1922 bei  
uns melden. A. 951  
Gernsbach (Murgtal),  
den 31. Oktober 1922.  
Bürgermeisteramt:  
Menges.



Besser und ausgiebiger!

Erschließlich in Karlsruhe: Drog.  
W. Tscherning, Amalienstr. 29,  
Drog. A. Vetter, Zirkel 15, Ecke  
Adelstraße.

**Häuser**  
vermittelt  
**Otto Bühler**  
Liegenschafts-Agentur  
Karlsruhe i. B.  
Sofienstraße 19  
Telephon 2812

**Jagd-Verpachtung.**  
Montag, den 13. November  
1922, nachmittags 2 Uhr,  
wird die Jagd der Gemar-  
kung Pfaffenrot mit 490  
Hektar Gemeindefeld, 77  
Hektar Gemeindefeld Un-  
terkostertwald, angrenzend

an den Gemeindefeld und  
346 Hektar Feld auf we-  
tere 6 Jahre vom 1. Fe-  
bruar 1923 bis 31. Januar  
1929 im Rathaus dahier  
öffentlich versteigert.

Als Steigerer werden zu-  
gelassen, Personen welche  
im Besitze eines Jagdpasses  
sind, oder durch Zeugnis  
der zuständigen Behörde  
nachweisen, daß gegen die  
Erteilung des Jagdpasses  
keine Bedenken obwalten.

Das Jagdgebiet ist an-  
grenzend an das Albtal,  
Station Marxzell, Ger-  
trudenhof, Galtstette Spiel-  
berg. A. 953.2.1

Pfaffenrot, 31. Okt. 1922.

Der Gemeinderat:

Glafer, Bürgermeister  
Guder, Ratshc.

Der Badische  
**Waldbesitzerverband**

lädt seine Mitglieder zu  
der am Samstag, den 11.  
November 1922, vormittags  
10 Uhr, zu Baden-Baden im  
Gartenaal des Kurhauses  
stattfindenden

**Hauptversammlung**  
ein. A. 952

Tagesordnung:  
Vortrag von Universitäts-  
professor Dr. Hausrat  
über „Waldbauliche Auf-  
gaben unserer Zeit“.  
Zeichnung des Beitrags,  
Preissetzung, Solgise-  
rung an die Entente,  
Ertragssteuer, Arbeits-  
bedingungen für die  
Holzhauer, Sonstige.